

16.27

Abgeordneter Bernhard Themessl (FPÖ): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren auf der Regierungsbank! Hohes Haus! Werte Kolleginnen und Kollegen. Wissen Sie, Herr Molterer und Herr Kollege Kopf, Sie schwelgen immer so gerne in der Vergangenheit und greifen Beispiele heraus, wo Ihnen vielleicht in Teilbereichen Erfolge gelungen sind. Die waren allerdings sehr dünn gesät.

Aber Schluss damit. Wir sind seit Wochen von einer Weltwirtschaftskrise bedroht, die aus einer Weltfinanzkrise heraus entstanden ist, und jetzt wäre es an der Zeit zu handeln. Herr Minister Faymann, wenn Sie gesagt haben, wir kritisieren nur, wir reißen nur Überschriften aneinander, und es fehlen uns die Vorschläge, dann frage ich Sie: Wo waren Sie die letzten zwei Jahre, als unsere Fraktion mit Abstand die meisten Anträge in diesem Hohen Haus eingebracht hat und auch in wirtschaftspolitischen und steuerpolitischen Fragen nicht nur klar Stellung bezogen hat, sondern auch aufgrund von Beispielen und aufgrund von Anträgen untermauert hat, dass wir Wirtschaftskompetenz haben, die ich Ihnen seitens der SPÖ hier ganz klar abspreche. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Herr Kollege Cap, wenn Sie immer, wenn es hier im Hohen Haus um Wirtschaftsthemen geht, den Paradeunternehmer Hannes Androsch zitieren, dann muss ich Ihnen schon Recht geben, er ist ein guter Unternehmer, aber das, was jetzt tausende Unternehmer draußen betrifft, dass sie mit ihrem persönlichen Eigentum haften, das hat den Herrn Androsch noch nie betroffen, der hat noch nie gehaftet, weil er nur von Förderungen der Großindustrie lebt, und das sehr gut macht; das bezweifle ich ja nicht. Die vielen tausenden Unternehmer warten jetzt jedoch darauf, dass sie einen Unterstützungskredit bekommen, dass ihnen geholfen wird, indem in wirtschaftlich schweren Zeiten die Binnennachfrage, die Kaufkraft in diesem Land gestärkt wird, aber davon sind wir weit entfernt. Deshalb werden Sie dazu aufgerufen, jetzt etwas zu tun! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Herr Faymann, wenn Sie da von Konjunkturpaketen und Steuerreformen sprechen, dann sage ich Ihnen: die Konjunkturmilliarde, die sogenannte Mittelstandsmilliarde, die Sie hier vor vierzehn Tagen beschlossen haben, geht voll am Ziel vorbei. Die, für die sie gedacht war – nämlich für die kleinen und mittleren Unternehmen, die Einzelpersonen-Unternehmen, damit diese unterstützt werden –, haben absolut nichts davon.

Eine Steuerreform in einer Größenordnung von 2,7 Milliarden € als Erfolg zu verkaufen – wobei die Familienleistungen da schon mit einbezogen sind, und

gleichzeitig der größten österreichischen Bank, die als Erste für dieses Banken-Hilfspaket angestanden ist, dieselbe Summe zu gewähren –, zeugt davon, dass Sie weder den Weitblick haben noch den Ernst der Lage erkannt haben, wie die wirtschaftliche Situation ausarten und was das für viele tausende Arbeitsplätze in Österreich bedeuten könnte und in weiterer Folge natürlich auch für die mittleren und kleineren Unternehmen.

Auch Herr Nowotny hat gefordert, dass man die Banken endlich auch dazu verpflichtet, die Versprechungen einzuhalten, die sie im Zuge der Verhandlungen über dieses Bankenpaket abgegeben haben, nämlich Kredite frei zu machen für kleine und mittlere Unternehmen und für Privatpersonen. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Damit sie hiezu einen Anstoß erhalten, werde ich jetzt einen Entschließungsantrag einbringen. Sie haben dann Gelegenheit, diesen mit uns mitzutragen.

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Themessl, Kolleginnen und Kollegen

Der Nationalrat wolle beschließen:

„Die Bundesregierung wird aufgefordert das Erforderliche zu veranlassen, um für die heimische Wirtschaft eine Lockerung der Kreditvergabepraxis jener Banken, die das staatliche Bankenhilfspaket in Anspruch genommen haben, sicher zu stellen.“

16.31

Präsidentin Mag. Barbara Prammer: Herr Abgeordneter, Ihre Redezeit ist längst abgelaufen. Ich habe Sie den Antrag noch einbringen lassen. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Der Antrag ist entsprechend eingebracht und steht mit in Verhandlung.

Der Antrag hat folgenden Gesamtwortlaut:

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Themessl, Kolleginnen und Kollegen betreffend Bereitstellung von Krediten um die Infrastruktur in Österreich aufrecht zu erhalten eingebracht im Zuge der Debatte zur Dringlichen Anfrage des Abg. KO Strache und weiterer Abgeordneter an den Bundesminister für Verkehr, Innovation und Technologie betreffend die Aufrechterhaltung der Infrastruktur in Österreich und in die Krise der staatsnahen Unternehmen vor dem Hintergrund eines untauglichen Regierungsprogramms für die XXIV. Gesetzgebungsperiode, in der 4. Sitzung des Nationalrates am 25. November 2008, XXIV.GP.

Im Zuge der aktuellen Finanzkrise kommen auch österreichische Unternehmen immer mehr in finanzielle Schwierigkeiten, wodurch in Folge die heimische Infrastruktur sowie unzählige Arbeitsplätze massiv bedroht sind.

Im Bankenbereich musste von der Bundesregierung durch die Bereitstellung öffentlicher Geldmittel ein Hilfspaket geschnürt werden, um die Stabilität des Geld- und Kreditmarktes zu sichern. Es ist jedoch dafür Sorge zu tragen, dass die Gelder des Hilfspaketes der heimischen Wirtschaft zu Gute kommt.

So ist in der „Kronen Zeitung“ vom 22.11.2008 zu lesen: „Nationalbank-Gouverneur Ewald Nowotny fordert jetzt für jene Banken, die eine staatliche Geldspritze bekommen, eine überprüfbare Verpflichtung, Kredite zu vergeben. Es sei derzeit die wichtigste Aufgabe der Geldinstitute überhaupt, für ausreichende Liquidität in den Unternehmen zu sorgen, will man eine schwerere Rezession vermeiden.“

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgenden

Entschließungsantrag

Der Nationalrat wolle beschließen:

„Die Bundesregierung wird aufgefordert, das Erforderliche zu veranlassen, um für die heimische Wirtschaft eine Lockerung der Kreditvergabepraxis jener Banken, die das staatliche Bankenhilfspaket in Anspruch genommen haben, sicher zu stellen.“

Präsidentin Mag. Barbara Prammer: Als Nächste gelangt Frau Abgeordnete Csörgits zu Wort. – Bitte.